

RATS-INFO

Ausgabe Mai 2009

Michael Höntsch zur Aktuellen Stunde “Folgen der Landesschulpolitik in der Stadt Hannover“

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen!

Es geht heute wieder einmal um Schule. Und mir, der ich in einem Dienstverhältnis als Lehrer stehe, fällt es zunehmend schwer, mit der gebotenen Zurückhaltung die Entwicklung im Zusammenhang mit der Gesamtschulproblematik in Niedersachsen öffentlich zu diskutieren. Denn in der Presse tauchen Details aus Personalakten auf, Schulleiter sollen bereits diszipliniert worden seien.

Es war unserem ehemaligen Bundeskanzler und Ministerpräsident Gerhard Schröder vorbehalten, uns Lehrer als „faule Säcke“ zu bezeichnen. Ein einmaliger Vorgang, der Heiterkeit vielerorts erzeugte, aber nicht wirklich lustig war. Es hat sowohl das Verhältnis der Lehrer zum Staat nachhaltig erschüttert, als auch dem Ansehen der Lehrerinnen und Lehrer immens geschadet. Die jetzige Landesregierung beteuert nur allzu oft, wie sie die Arbeit an den Schulen wertschätzt, dieser verbalen Wertschätzung entsprechen die Taten

allerdings in keiner Weise.

Es entspricht durchaus meiner Überzeugung, dass man in 12 Jahren ein vernünftiges Abitur organisieren kann. Voraussetzung dafür allerdings sind die dazu passenden Rahmenbedingungen, und die stimmen schon nicht bei den klassischen Gymnasien.

Die IGS steht nunmehr seit Monaten im Fokus der Kritik. Es ist bemerkenswert, wie die Landesregierung hier durchweg mit dem von ihr so geschätzten Elternwillen umgeht. Trotz eindeutigem Elternwillen wurde die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen jahrelang verboten. Hartnäckig wird am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten, obwohl die Eltern per Abstimmung mit den Füßen längst entschieden haben. Nach der für die Befürworter der IGS erfolgreichen Umfrage des Schulträgers in Hannover deuteten Unionspolitiker das Ergebnis sogar um, indem sie auf eine knappe Mehrheit für die Befürworter des dreigliedrigen Schulsystems verwiesen. Nur, das ist keine Antwort auf mehr als 40 Prozent, die eine IGS für ihre Kinder wollen.

Viele Gespräche mit Eltern machen unter anderem deutlich, was die Gründe für die Anwahl einer IGS sind. Neben der Differenzierung im Unterricht war es auch immer die Möglichkeit, das Abitur nach 13 Jahren zu absolvieren. Dies wird jetzt von der niedersächsischen Landesregierung ohne Not und gegen den Rat aller Experten zerschlagen. Ich nehme mit Erleichterung zur Kenntnis, dass viele Politikerinnen und Politiker der CDU inzwischen auf Abstand zur ganz offensichtlich chaotischen und verfehlten Bildungspolitik ihrer Landesregierung gehen. Das macht Mut und ich fordere Sie, meine lieben Ratskolleginnen von der CDU, auf, hier nicht nachzulassen.

Siegmar Gabriel ist an vielem gescheitert, nicht zuletzt an seiner unausgeregten Schul- und Bildungspolitik. Die Geschichte scheint sich bei diesem Ministerpräsidenten zu wiederholen – auch das macht Hoffnung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

wie immer informieren wir Sie mit dem aktuellen Rats-info über die Arbeit der LINKEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover. In der Ratsversammlung am 7. Mai 2009 waren die wichtigsten Themen das von der schwarz-gelben Landesregierung geplante „Turbo-Abitur“ auch an Integrierten Gesamtschulen sowie der von Boehringer-Ingelheim geplante Bau einer Tierversuchsanlage im Stadtteil Kirchrode.

Ihr

Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Rede von Oliver Förste zum Bau der Tierversuchsanlage in Kirchrode

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

DIE LINKE im Rat spricht sich ganz klar und eindeutig gegen den Bau dieser Tierversuchsanlage an der Bemeroder Straße aus. Und das nicht nur, weil wir die Bedenken und Proteste der dortigen Anwohner ernst nehmen, die nicht zuletzt um die eigene Gesundheit und die ihrer Kinder fürchten.

Diese Bedenken werden natürlich ganz aktuell noch durch den Ausbruch der Schweinegrippe bei Menschen bestärkt, was ja beweist, dass Schweinekrankheiten durchaus auch die Barriere zwischen den Arten durchbrechen können.

Leider nimmt die Kommunalpolitik in Hannover oft viel zu wenig Rücksicht auf die Wünsche, Ängste und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger – und die Grünen sind den Bürger-Initiativen als Bündnispartner inzwischen abhanden gekommen. Das gilt nicht nur im Fall der Tierversuchsanlage, sondern auch des geplanten Ausbaues des Stichkanals Linden, der gescheiterten Asbestablagerungen in Lahe und der Büchereischließung in Linden. Und die von den Grünen im Falle der Schweineversuchsanlage durchgesetzte Ausgleichsmaß-

nahme, in der Rathaus-Kantine zukünftig nur Öko-Essen zu verkaufen, ist ja nun wirklich ein schlechter Witz!

Aber wir sprechen uns nicht nur wegen der Bürger-Proteste gegen die geplante Tierversuchsanlage aus, sondern vor allem auch, weil wir gegen die ethisch und ökologisch bedenkliche Massentierhaltung überhaupt eingestellt sind. Und die Forschung an dieser Stelle soll schließlich insbesondere Krankheiten von Nutztieren erforschen, die in der Massentierhaltung auftreten.

Tausende von Schweinen sollen hier jedes Jahr geopfert werden, um den Abnehmern der industriellen Fleischproduktion einen massenhaften und günstigen Fleischkonsum zu ermöglichen, der ja in den üblichen großen Mengen auch nicht gerade gesund ist. Ganz davon abgesehen, dass in Gebieten mit vorwiegender Schweinehaltung, wie z.B. im Ems-Vechte-Gebiet auch die Entsorgung der massenhaft anfallenden Gülle zum Problem wird.

Weniger wäre da mehr: Also in artgemäßer, biologischer Haltung erzeugtes gesundes Fleisch, das dann auch nicht mit Arzneimitteln oder deren

Abbauprodukten verseucht wäre, die ja an der Bemeroder Straße entwickelt werden sollen.

Mit dieser Ansicht bewegt sich unsere Ratsfraktion nicht im luftleeren Raum. Wir wissen vielmehr die zahlreichen Anhänger der Tierschutzbewegung und die Tierschützer hinter uns, die Experimente an Tieren ablehnen, vor allem wenn sie nicht einmal der Gesundheit der Menschen dienen.

Wir haben uns außerdem ein Votum des Kreisverbandes der LINKEN eingeholt, und auch unser Kreisverband hat diese Tierversuchsanlage bereits vor einem knappen Jahr einstimmig abgelehnt. Und auch keine andere Stadt in Deutschland schließlich wollte eine solche Anlage bisher in ihre Mauern aufnehmen, dafür haben nicht zuletzt die erfolgreichen Bürgerproteste in Tübingen gesorgt.

Im Übrigen sind wir von einem großen Maß an Misstrauen gegenüber dem Konzern Boehringer-Ingelheim erfüllt, der die betreffende Anlage errichten und betreiben will. Der skandalöse Umgang mit den Folgen des von Boehringer-Ingelheim verursachten Dioxin-Skandals

im Hamburg - dort laufen nach 25 Jahren immer noch Prozesse um Schadensersatz für die Geschädigten – beweist, dass Boehringer es mit der Gesundheit der Menschen eben nicht so genau nimmt. Dasselbe gilt für die Lieferungen des Kampfgiftes Agent Orange für den Vietnamkrieg. Hat sich dieser tolle Familien-Konzern jemals bei den verkrüppelten Nachkommen der Opfer entschuldigt oder gar Wiedergutmachung geleistet? Nein, denn es geht Boehringer Ingelheim eben nicht um die Menschen, sondern nur um die Profite!

Auch wenn die Werbebroschüren der Firma es natürlich anders darzustellen versuchen und man in Hannover bemüht ist, mit modernen public-relation-Veranstaltungen die Menschen von der Harmlosigkeit der massenhaften Tierversuche mitten in der Stadt zu überzeugen. Für unvorhergesehene Risiken und Nebenwirkungen müssen im Zweifelsfall die betroffenen Anlieger bezahlen – in Hamburg zuletzt nicht nur mit ihrem Geld, sondern auch mit ihrer Gesundheit. Und deshalb werden wir hier gegen die Ansiedlung dieser Tierversuchsanlage stimmen!